

## KLEINE ANFRAGEN

## Verfassung für 20 Franken

VADUZ – In der Landtagssitzung vom 12. Mai stellte FL-Abgeordneter Paul Vogt den Preis von 20 Franken für die neue Verfassung infrage. Regierungschef Otmar Hasler rechtfertigte den Preis mit der hohen Seitenzahl der Verfassung und deren Druckkosten. Zudem sei für den Bezug von gedruckten Landesgesetzblättern seit jeher ein Unkostenbeitrag erhoben: «Dies soll einem verschwenderischen Umgang mit Gesetzblättern entgegenwirken.» Hasler verwies auf die Internetseite [www.gesetze.li](http://www.gesetze.li), auf welcher alle Rechtserlasse und somit auch die Verfassung gratis eingesehen und ausgedruckt werden können.

## Promillegrenze in Diskussion

VADUZ – Der VU-Landtagsabgeordnete Hugo Quaderer wollte in einer Kleinen Anfrage wissen, ob Liechtenstein der Schweiz nachziehen und den Alkohol-Grenzwert ebenfalls auf 0,5 Promille senken wird. Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck: «Die Regierung hat bezüglich des Nachvollzugs der Revision des schweizerischen Strassenverkehrsgesetzes und insbesondere im Hinblick einer allfälligen Senkung des Alkoholgrenzwertes noch keinen definitiven Entscheid getroffen. Aufgrund dessen bleibt der bestehende Alkoholgrenzwert vorerst sicher in Kraft.»

## Sicherheitsdialog

VADUZ – Der VU-Landtagsabgeordnete Hugo Quaderer wollte zum Thema «Sicherheits- und Sozialpolitik» von der Regierung wissen, weshalb die VU und die FL von einem Dialog am runden Tisch ausgeschlossen werden. Regierungschef Otmar Hasler verneinte eine Ausgrenzung: «Die Regierung hat bewusst entschieden, zunächst mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in einen Dialog zu treten.» Danach sollten auch die Parteien einbezogen werden.

## Sicherheit auf Spielplätzen

VADUZ – In der Landtagssitzung vom 12. Mai wollte der VU-Abgeordnete Alexander Marxer von der Regierung wissen, wie es um die Sicherheit auf den Liechtensteiner Spielplätzen in Zusammenhang mit den Spielgeräten steht. Regierungsrat Hansjörg Frick (Bild) sieht keinen Handlungsbedarf.



Die periodische Kontrolle und Wartung liege in der Verantwortung der Gemeinden: «Bei Bedarf veranlassen diese die Instandstellung durch Fachfirmen.» Erkundigungen führten zum Ergebnis, dass sich in den letzten Jahren keine auf die Spielgeräte zurückzuführenden ernsthaften Unfälle ereignet haben.

## Dialogplattform geschaffen

VADUZ – Eine Anfrage des VU-Abgeordneten Peter Sprenger betraf den im Februar 2003 von der Regierung bestellten Expertenrat. Sprenger wollte Daten und Themen der Sitzungen in Erfahrung bringen und sich über die Ergebnisse dieser Beratungen informieren. Nach Auskunft von Regierungschef Otmar Hasler haben bereits sieben Sitzungen stattgefunden: «Der Expertenrat hat sich in erster Linie mit der Positionierung Liechtensteins im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses beschäftigt.» Im Zuge der Beratungen sei die Idee entstanden, in Liechtenstein eine Dialogplattform zu schaffen. Die erste Veranstaltung soll im Herbst dieses Jahres stattfinden.

## Sparpotentiale taxieren

Kleine Anfrage zu Einsparungsmöglichkeiten im Krankenversicherungsbereich

VADUZ – Der Abgeordnete Wendelin Lampert (FBP) wollte von der Regierung Auskunft betreffend Einsparungen im Krankenversicherungsbereich, speziell auf Seiten der Leistungserbringer. Wie Regierungsrat Hansjörg Frick sagte, muss in diesem Bereich noch einiges verhandelt und geprüft werden.

Fragen bezüglich Tarmed, Taxpunktwert, Tarifsysteem und damit verbundenen Sparpotentialen im Krankenversicherungsbereich stellte Abgeordneter Wendelin Lampert (FBP) mit einer Kleinen Anfrage der Regierung.

## Tarmed ab 2005?

Bezüglich der zeitlichen Planung der Einführung des Tarmed erklärte Frick: «Die Regierung hat bereits im Herbst letzten Jahres gegenüber dem Ärzteverein (heute Ärztekammer) und dem Krankenkassenverband festgehalten, dass die schweizerische Tarifstruktur Tarmed auf den 1. Januar 2005 in Liechtenstein eingeführt werden soll. Ein entsprechender Regierungsbeschluss wurde im Dezember letzten Jahres gefasst und die betroffenen Institutionen wurden schriftlich darüber informiert. Die Regierung hat auch sichergestellt, dass die betroffenen Verbände dabei von den zuständigen Institutionen in der Schweiz wie die FMH und santésuisse unterstützt werden.» Die Ärztekammer sei weiter beauftragt worden, die notwendigen Schritte zur Einführung von Tarmed auf den 1. Januar 2005 einzuleiten. Das zuständige Ressort gehe davon aus, dass dieses Zieldatum eingehalten wird, «ausser, es treten in der Schweiz mit dem neu eingeführten System Probleme auf», die eine Übernahme per 1. Januar 2005 als nicht angezeigt erscheinen liesse.

## Taxpunktwert wie St. Gallen?

Zur Höhe des Taxpunktwertes ab



Wollte Auskunft über Einsparungspotentiale im Krankenversicherungsbereich: Wendelin Lampert (FBP).

2005 erklärte Frick: «Im Rahmen der Einführung von Tarmed wird auch die Höhe des Taxpunktwertes zwischen den Vertragspartnern resp. zwischen Ärzten und Krankenkassen diskutiert werden müssen, bevor er von der Regierung festgelegt wird.» Welcher Taxpunktwert zur Anwendung gelangen werde, könne zum heutigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden, erklärte Frick. «Bisher wurden keine besonders berücksichtigungswürdigen Gründe vorgebracht, da diese Diskussionen noch nicht aufgenommen wurden. Die Haltung der Mehrheit der Abgeordneten im Landtag anlässlich der Debatte zur 2. Lesung wird auf alle Fälle entsprechend Berücksichtigung finden.»

## Labortarif und Übergangsbestimmungen

Betreffend Taxpunktwert für den Labortarif und Übergangsbestimmung für Laboranalysen erklärte

Frick: «Seit dem 1. Januar 2004 ist der Taxpunktwert für Laboranalysen ausserhalb der Arztpraxis genau gleich hoch wie in der Schweiz, nämlich 1 Franken. Die angesprochene Übergangsbestimmung und damit der Zuschlag von 15 Prozent ist Ende Dezember 2003 abgelaufen bzw. weggefallen, womit wieder die ursprüngliche Verordnung gilt und somit kein Zuschlag ausgerichtet wird.» Ob Gründe vorliegen, die einen im Vergleich zur Schweiz höheren Taxpunktwert rechtfertigen, werde derzeit von einer Expertengruppe überprüft. Der Bericht soll demnächst vorliegen.

## Physiotherapie

Auf die Frage Lamperts, ob künftig auch im Physiotherapie-Bereich das schweizerische Tarifsysteem angewendet werden soll, erklärte Frick: «Die Regierung hat im Dezember 2003 den Tarifpartnern den Auftrag erteilt, einen neuen Tarif-

vertrag auf Basis Schweizer Tarifstruktur auszuarbeiten und diesen der Regierung zur Genehmigung bis Juni 2004 vorzulegen.» An diesem Beschluss werde festgehalten. Über die Höhe des Taxpunktwertes werde man auch hier verhandeln müssen.

## Mit Generika sparen?

Welche Sparpotentiale bei Medikamenten, Stichwort Generika, genutzt würden, war schliesslich die letzte Frage Lamperts. «Im Anschluss an eine Studie, welche das Sparpotential von EWR-Medikamenten aufzeigte, war geplant, ein Pilotprojekt mit drei Medikamenten durchzuführen», hielt Frick dazu fest. «Federführend waren in den entsprechenden Vorbereitungen das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen sowie der Liechtensteinische Krankenkassenverband tätig. Für eine erfolgreiche Durchführung dieses Pilotprojektes wäre jedoch eine umfassende Unterstützung durch den damaligen Ärzteverein notwendig gewesen. Diese konnte nicht gefunden werden.» Das weitere Vorgehen bezüglich Sparmöglichkeiten im Bereich Medikamente werde derzeit vom Ressort geprüft. Sicher gelte, dass Generikas nur in beschränktem Masse Sparpotentiale bieten würden, «denn mit Generikas wird teilweise auf die in den letzten 3 Jahrzehnten erzielten Verbesserungen in der Pharmazie verzichtet». «Nach Meinung vieler Mediziner werden ihnen damit die besten Werkzeuge aus der Hand genommen, was letztendlich nicht zu Kosteneinsparungen führen wird», hielt Frick fest. Damit soll nur zum Ausdruck gebracht werden, dass im Bereich Generikas zwar Sparpotentiale liegen, eine differenzierte Vorgehensweise aber angezeigt erscheint. Grössere Sparpotentiale, ohne Verzicht auf moderne Anwendungsformen, sieht die Regierung in Parallelimporten.

## Option der CH-Post noch nicht eingelöst

Post AG bleibt in jedem Fall in liechtensteinischer Hand

VADUZ – Ob die Regierung beabsichtige das Briefmarkenwesen in die Post AG zu integrieren und ob eine Beteiligung der Schweizerischen Post AG vorgesehen sei, fragte der VU-Abgeordnete Walter Vogt die Regierung an.

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck erklärte dazu: «Im Hinblick auf eine Neuorganisation des Briefmarkenwesens werden die Philatelie in Liechtenstein und die staatliche Briefmarkenpolitik inhaltlich und organisatorisch einer Überprüfung unterzogen.» In einer ersten Phase sei im Frühjahr 2003 eine Arbeitsgruppe bestellt worden, die sich mit Fragen der künftigen Briefmarkenausgabepolitik beschäftigt habe. Nach Kenntnisnahme des entsprechenden Berichts durch die Regierung sei die zweite Projektphase in die Wege geleitet worden, welche sich mit der organisatorischen Überprüfung der Philatelie, vor allem der staatlichen Briefmarkenstellen, befasst. «Hierbei wurden in der Arbeitsgruppe sechs Szenarien zukünftiger Lösungen diskutiert. Einige der Szenarien sehen vor, verschiedene spezifische oder gar alle Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Philatelie stehen, an



Pläne für eine weitere Veräusserung von Aktien der Liechtensteinischen Post AG bestehen nicht: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck.

die Post AG auszulagern. Eine Entscheidung, welches Modell bevorzugt und weiterverfolgt wird, ist noch nicht erfolgt», sagte Kieber.

## Wichtiger Imageträger

Grundsätzlich sei festzuhalten, dass das Briefmarkenwesen ein wichtiger Imageträger für das Fürstentum Liechtenstein sei. Dieser Tatsache wird unter anderem auch im Kommunikationskonzept «Image Liechtenstein» Rechnung getragen, gemäss welchem Briefmarken

einen von sechs aktuellen starken Imagefaktoren darstellen.

## Bisher keine Beteiligung

Im Dezember 1998 habe die Regierung im Zusammenhang mit der Auflösung des Postvertrags und der Schaffung einer eigenen Liechtensteinischen Post AG der Schweizerischen Post eine Option auf den Erwerb von 25 Prozent der Aktien eingeräumt. Die Option sei bislang nicht eingelöst worden. «Zurzeit laufen rechtliche Abklärungen be-

treffend die Rechte und Pflichten der schweizerischen Post bei einer allfälligen Beteiligung sowie die Klärung aller EWR-rechtlichen Aspekte», sagte Kieber. Mit einem entsprechenden Antrag an die Regierung durch die Liechtensteinische Post AG sei in der zweiten Jahreshälfte 2004 zu rechnen. «Auf jeden Fall wird die Politik und die strategische Ausrichtung der Liechtensteinischen Post AG im Einklang mit dem Postgesetz auch nach einer allfälligen Minderheitsbeteiligung der Schweizerischen Post in liechtensteinischer Hand verbleiben.» Pläne für eine weitere Veräusserung von Aktien der Liechtensteinischen Post AG bestünden nicht.

## ANZEIGE

Inchigruppe für moderner, ökologischer, baubiologie, innovativer architektur und harmonischer wohnkultur.

zirkel